

Die Politik neigt manchmal dazu, schwierige, gleichwohl drängende Fragen auf die lange Bank zu schieben. Auf den beiden großen gesellschaftspolitischen Feldern der Familienpolitik und der Integrationspolitik konnten wir in den vergangenen zwei Jahren etwas anderes beobachten. Wichtige Reformen wurden von der Bundesregierung angestoßen, und, was vielleicht noch entscheidender ist, beide Politikbereiche werden von der Öffentlichkeit inzwischen mit einer Intensität wahrgenommen, die noch vor wenigen Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Heute würde jedenfalls keiner mehr abfällig von „Gedöns“ sprechen, wie es noch der letzte sozialdemokratische Kanzler Schröder tat und durch seinen Habitus ausstrahlte. Die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft und die mit ihr verbundenen Fragen der Familienpolitik und Integration sind in der Tat kein „Gedöns“, sondern eine Zukunftsfrage von hoher politischer und wirtschaftlicher Relevanz. Denn gerade jetzt, beim sich verstetigenden Aufschwung, beklagen Politik, Medien und Wissenschaft das Fehlen von Fachkräften.

## Politischer Kurswechsel

Dass die Potenziale der bestausgebildeten Frauengeneration aller Zeiten nicht genutzt werden, hängt ganz eng mit der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. In Nordrhein-Westfalen war beim Regierungswechsel, nach neununddreißig Jahren SPD-Regierungszeit also, die Frauenerwerbsquote niedriger als

in Bayern. Und auch die Potenziale der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte wurden nicht optimal gefördert, da auch frühkindliche Bildung unter „Gedöns“ subsumiert wurde. Doch das Klima hat sich geändert. Durch die Errichtung des ersten deutschen Generationen- und Integrationsministeriums durch Jürgen Rüttgers wurde im Juni 2005 ein Kurswechsel eingeleitet, den auch die Große Koalition im November 2005 aufgegriffen und entschlossen zu einer neuen Akzentsetzung genutzt hat. Dies spiegelt sich in den Medien wider: Kaum ein Tag ist seit der Regierungsübernahme von Bundeskanzlerin Angela Merkel vergangen, an dem nicht ein familienpolitisches oder integrationspolitisches Thema auf den ersten Seiten der Zeitungen oder in den Nachrichtensendungen zu finden war. Freilich war der unmittelbare Anlass für die öffentlichen Debatten oft ein trauriger – beispielsweise die Krawalle in den französischen Vorstädten im November 2005, der Hilferuf der Berliner Rütlichschule im März 2006 oder die Meldung vom Juni 2007, dass in Deutschland im vergangenen Jahr so wenig Kinder geboren wurden wie noch nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch die Große Koalition ist wach gerüttelt worden und hat die Probleme angepackt.

Das erste Thema ist die Integrationspolitik: Ein grundlegender Fortschritt ist, dass nun weitgehend Konsens darüber herrscht, dass Deutschland ein Einwanderungsland und Integration ein Prozess des Förderns und Forderns ist. Das eingefahrene Lagerdenken ist überwunden. Die

SPD, die lange aus Rücksicht auf die Grünen aus falsch verstandener Toleranz glaubte, „Multikulti“ sei ein immerwährendes Straßenfest, erkennt nun, dass man auch Anforderungen stellen muss. Sie erkennt an, dass etwa das Beherrschen unserer gemeinsamen Sprache, des Deutschen, eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Integration ist. Ohne den Zuwanderern etwas abzuverlangen geht es nicht. Die Union indes verschließt nicht länger die Augen vor der Tatsache, dass es seit mehr als fünfzig Jahren Einwanderung in Deutschland gibt. Nehmen wir das Beispiel Nordrhein-Westfalen: An Rhein, Ruhr und Weser haben von achtzehn Millionen Einwohnern rund vier Millionen Menschen eine Zuwanderungsgeschichte. Es wäre politisch grob fahrlässig, die Realität zu ignorieren und nicht alles daranzusetzen, den Zusammenhalt einer Gesellschaft zu sichern, die längst nicht mehr nur von Menschen deutscher Herkunft geprägt wird.

### Überfällige Maßnahmen

Diese Gesellschaft ist multikulturell. Wenn, wie der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sagt, der Islam „Teil der deutschen Gesellschaft“ ist, dann zeigt dies, dass längst viele Kulturen und Religionen in Deutschland zu Hause sind. Deshalb ist es richtig, in einer Deutschen Islamkonferenz das Verhältnis des Staates und des Islam zueinander zu klären – auf dem Boden der Verfassung. Auch dieser Prozess ist seit der Zuwanderung der ersten Muslime in die Bundesrepublik im Jahre 1961 mehr als überfällig.

Im Koalitionsvertrag verpflichtet sich die Bundesregierung dazu, die Integration voranzubringen. „Sie bleibt ein Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung“, heißt es dort. Dass die Bundeskanzlerin es ernst meint, zeigt eine Reihe politischer und institutioneller Innovationen. Für eine neue Dynamik hat insbesondere der im vergangenen Jahr erstmals stattgefunde-

ne Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin und der ihm folgende Nationale Integrationsplan (NIP) gesorgt – eine längst fällige Initiative nach Jahrzehnten der „lautlosen“ Zuwanderung.

### Integration mittels Partizipation

Erstmals in der deutschen Geschichte saßen Bund, Länder, Kommunen, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und nicht zuletzt auch die Vertreter der Zuwanderer an einem Tisch und haben einen Plan mit mehr als vierhundert Selbstverpflichtungen auf den Weg gebracht. Erstmals wurde also nicht über die Integration von Zuwanderern gesprochen, sondern mit ihnen. Auch dieses, auf Partizipation ausgerichtete Denken ist ein wichtiger Fortschritt. Die Position der Ausländerbeauftragten, die in der Schlusszeit der Regierung Schröder nicht einmal mehr einen Termin bei Innenminister Schily bekam, ist neu besetzt worden und zu einer Staatsministerin im Bundeskanzleramt aufgewertet worden. Damit hat die Bundeskanzlerin ihr hohes persönliches Interesse an der Bedeutung und am Erfolg der Integrationspolitik durch diese organisatorische Aufwertung unterstrichen.

Jetzt geht es vor allem darum, die Umsetzung des Nationalen Integrationsplans sicherzustellen. Eine kontinuierliche Überprüfung ist allein schon deshalb wichtig, da im Nationalen Integrationsplan manch ideologischer Unsinn wie die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems mit konkreten und klugen Selbstverpflichtungen gepaart ist. Wie aber lässt sich die Spreu vom Weizen trennen? Und: Wie kann gewährleistet werden, dass sinnvolle Vorschläge nicht im Klein-Klein des politischen Tagesgeschäfts untergehen?

Was wir dringend brauchen, ist ein Instrument, das die Verwirklichung des Nationalen Integrationsplans kritisch begleitet. Der Integrationsprozess muss transparent und überprüfbar werden. Ein Blick in die jüngere Geschichte der deut-

Auf dem Familienkongress der CDU Hessen in Wiesbaden am 22. Mai 2007 ging es unter dem Motto „Familienpolitik mit Zukunft“ darum, wie Frauen Familie und Beruf besser vereinbaren können.

© picture-alliance/Globus



schen Zuwanderungspolitik zeigt, wie wir dies erreichen können. Schon einmal hat es ein Gremium gegeben, das unter anderem die Aufgabe hatte, „die Entwicklung der Integration von Zuwanderern zu beurteilen“, mit eigenen Empfehlungen zu begleiten und Alarm zu schlagen, wenn der Integrationsprozess ins Stocken zu geraten droht. Es war der am 2. April 2003 vom damaligen Innenminister Otto Schily eingesetzte „Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration“, kurz Zuwanderungsrat. Ein neues Gremium mit einem innovativen Arbeitsansatz. Dennoch bestand es nur kurz. Bereits im Dezember 2004 löste Schily den Zuwanderungsrat per Erlass wieder auf – eine Entscheidung, die sich heute rächt, in einer Zeit also, in der die Integrationspolitik immer mehr als zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung gesehen wird und die Zusammenarbeit der politischen Akteure immer konkretere Formen annimmt. Doch trotz ihrer kurzen Lebensdauer ist das Erbe der sechsköpfigen, von parteipolitischen Zwängen losgelösten Kommission bemerkenswert. So entwickelte sie Handlungsempfehlun-

gen für alle wichtigen Felder der Integrationspolitik: die frühkindliche Sprachförderung, die nachholende Integration, die Integration auf dem Arbeitsmarkt, in den Unternehmen, an den Hochschulen, in den Kommunen, in der Zivilgesellschaft und im Wohnumfeld.

Es wäre eine Ressourcenverschwendung, wenn man diese Impulse und Erfahrungen jetzt nicht für die Umsetzung des Nationalen Integrationsplans nutzte. Damit also der Nationale Integrationsplan das Papier wert ist, auf dem er gedruckt ist, sollte ein unabhängiges, nach dem Vorbild des Zuwanderungsrates arbeitendes Expertengremium ins Leben gerufen werden, das bei der Umsetzung des Integrationsplans unterstützend mitwirkt. Es sollte dabei an die Vorarbeit des Zuwanderungsrates anknüpfen, nicht am Gängelband eines Ministeriums oder der Bundesbeauftragten hängen und konkrete Indikatoren erarbeiten, die Integrationspolitik künftig messbar machen.

### Nachweis von Fortschritten

Zum Beispiel in der Bildung, der Schlüsselfrage zur gelingenden Integration:

Haben sich die Deutschkenntnisse der Kinder verbessert? Gibt es weniger Jugendliche ohne Hauptschulabschluss? Gehen mehr Kinder mit Zuwanderungsgeschichte aufs Gymnasium?

Ähnliches gilt für die Hochschulen und den Arbeitsmarkt. Wer ein Studium oder eine Ausbildung bei uns erfolgreich absolviert und einen Job findet, fühlt sich von der Gesellschaft angenommen. Dies ist eigentlich selbstverständlich, gleichwohl gibt es hier erheblichen Nachholbedarf. Deshalb sind die Höhe der Arbeitslosigkeit insbesondere unter jungen Zuwanderern sowie die Zahl der Schul- und Hochschulabsolventen ebenfalls wichtige Indikatoren, die über den Stand unserer Integrationsanstrengungen Auskunft geben. Als Indikator zur Feststellung von Integrationsfortschritten sollte ebenso die Zahl der Einbürgerungen herangezogen werden. Denn die große Mehrheit der Zuwanderer, die sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden, bekundet, dass sie das Leben in unserem Land bewusst bejaht, also Teil unserer Gesellschaft geworden ist. Es ist daher ein hoffnungsvolles Zeichen, dass die Einbürgerungszahlen, die seit 2000 rückläufig waren, im vergangenen Jahr wieder leicht angestiegen sind. Kurzum: Integration muss sich stärker an objektiven Kriterien messen lassen – damit sie zu einem unumkehrbaren und für alle nachvollziehbaren Prozess wird.

Der Nationale Integrationsplan ist jedoch nur ein Beispiel für die neue Qualität in der Integrationspolitik. Er zeigt, dass die Bundeskanzlerin durch eine kluge Politik für ganz Deutschland wichtige Ziele benennen kann. Die Umsetzung gelingt aber vor allem in den Ländern und Kommunen. Hier sind wir schon auf manchem Handlungsfeld einen Schritt weiter. In Nordrhein-Westfalen etwa nehmen jetzt alle Vierjährigen an verpflichtenden Sprachtests teil. Jedes Kind erhält seit August 2007 die optimale Förderung sei-

ner Sprachkompetenz. Dies ist eine der wichtigen Neuerungen, die unser im vergangenen Jahr verabschiedeter Aktionsplan Integration vorsieht. Auf dieses Ziel haben sich jetzt alle Länder verpflichtet. In diesem Punkt ergänzt der nordrhein-westfälische Integrationsplan das neue Zuwanderungsgesetz – ebenfalls ein wichtiges Reformprojekt der Bundesregierung. Es sieht unter anderem einen Nachweis einfacher deutscher Sprachkenntnisse für nachziehende Ehegatten vor. Sprachkenntnisse ermöglichen erst die Integration in die deutsche Gesellschaft. Gleichzeitig wurde endlich eine Bleiberechtslösung für langjährig geduldete Ausländer gefunden. Wer seit Jahren bei uns lebt, Deutsch spricht und Arbeit hat, soll nicht unter ständiger Abschiebungsangst durch Kettenduldung leben müssen. Die absurde Praxis, gut integrierte und ausgebildete Kinder knapp vor dem Abitur in ein Land abzuschieben, dessen Sprache sie nicht sprechen, hat nun ein Ende. Allein in Nordrhein-Westfalen haben in diesem Jahr aufgrund der neuen Bleiberechtsregelung 5400 Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Diese wichtigen Schritte zur Integration sind ganz wesentlich mit der Politik von Wolfgang Schäuble verbunden.

### Bedarf an Fachkräften

Nachbesserungsbedarf gibt es dagegen beim Zugang hoch qualifizierter Fachkräfte auf den deutschen Arbeitsmarkt. Wie sehr die Frage drängt, hat erst jüngst der von Bundesforschungsministerin Annette Schavan vorgelegte Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands hervorgehoben. Danach fehlen uns bis zum Jahr 2014 selbst bei konservativen Annahmen jährlich rund 41 000 bis 62 000 Ingenieure und andere Akademiker. Auf Initiative Nordrhein-Westfalens hat sich der Bundesrat am 11. Mai 2007 deshalb für eine deutliche Senkung der Einkommensgrenze von Hoch-

qualifizierten von derzeit knapp 85 000 auf 64 000 Euro ausgesprochen. Es ist bedauerlich, dass Bundesregierung und Bundestag sich dem nicht anschließen konnten. Forschungsministerin Schavan hat angekündigt, am Ball zu bleiben und Möglichkeiten einer weiteren Erleichterung der Zuwanderung von Fachkräften auszuloten. Es liegt im Interesse unserer Gesellschaft, dass wir in diesem Bereich erfolgreich sind. Wir müssen heute stärker als früher für leistungsstarke, motivierte, gut qualifizierte Menschen aus aller Welt offen und attraktiv sein. Bundesarbeitsminister Müntefering muss seine Blockadehaltung im Interesse der Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft beenden.

### Mangel an Nachwuchs

Es ist aber nicht allein die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die solche Fachkräfte für uns so wertvoll macht. Deutschland hat wie kaum ein anderes Land Europas mit den Folgen des demografischen Wandels zu kämpfen. In kaum einem anderen Land werden weniger Kinder geboren als bei uns. Der Nachwuchsmangel ist inzwischen in vielen Bereichen unserer Lebenswelt spürbar. Ebenso wie eine moderne Zuwanderungspolitik müssen deshalb andere Politikfelder dazu beitragen, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern. Es ist gewiss nicht Kernaufgabe der Familienpolitik, den demografischen Wandel abzufedern. Familie ist ein Wert an sich, der geschützt und gefördert werden muss! Doch richtig ist auch, dass wir mehr denn je eine demografisch wirksame Familienpolitik brauchen. Wie schaffen wir es, dass wieder mehr junge Menschen Ja zum Kind sagen?

Ein Weg liegt darin, mehr Möglichkeiten zu schaffen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Das Risiko finanzieller Einbußen durch die Geburt eines Kindes muss für Familien minimiert werden. Die Bundesregierung in Person

von Familienministerin Ursula von der Leyen hat mit der Einführung des Elterngeldes deshalb einen Schritt in die richtige Richtung getan. Wünschenswert wäre sicher eine längere Auszahlungsdauer des Elterngeldes gewesen. Doch das Elterngeld als solches verschafft Müttern und Vätern neue Freiheiten und Handlungsspielräume.

Eine spürbare demografische Wirkung wird es allerdings nur dann entfalten, wenn den Kindern nach Ablauf des Elterngeldes in ausreichendem Maße qualitativ hochwertige Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Auch hier gibt es großen Nachholbedarf. In Nordrhein-Westfalen standen nach der Abwahl der rotgrünen Landesregierung im Mai 2005 für gerade einmal 2,8 Prozent der unter Dreijährigen Plätze zur Verfügung. Die CDU/FDP-Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, dies bis 2010 auf zwanzig Prozent zu steigern. Die Politik von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen, die bis zum Jahr 2013 für ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren Plätze anbieten möchte, unterstützt diese Zielsetzung. Dass der Bund sich mit vier Milliarden Euro an diesem Prozess beteiligt, unterstreicht die gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Nur so ist ein Anschluss an das Niveau in der Europäischen Union möglich.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Integrationspolitik und die Familienpolitik der Bundesregierung haben einem beginnenden gesellschaftspolitischen Klimawandel Rechnung getragen und konkrete Erfolge schon innerhalb der ersten zwei Jahre möglich gemacht. Vor allem aber haben sie dafür gesorgt, dass wir in Deutschland immer mehr dazu kommen, all unsere Potenziale besser zu nutzen. Im demografischen Wandel bleibt dies auch in Zukunft unsere Kernaufgabe. An ihr muss sich der Erfolg der Politik messen lassen – egal, ob auf kommunaler, Länders- oder Bundesebene.